



Die SPD wird gebraucht!

Als Partei der Arbeit und der Solidarität!

Erklärung sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen & Gewerkschafter in Baden-Württemberg

Nach der historischen Wahlniederlage der SPD in Baden-Württemberg stellt sich mehr denn je die Frage, für wen die Sozialdemokratie Politik macht und für wen sie Politik machen muss.

Zweifelsohne hat es die SPD nicht vermocht, der großen Mehrheit der Beschäftigten im Südwesten glaubhaft ein politisches Angebot zu unterbreiten. Viele Beschäftigte sehen sich nicht mehr von der SPD in ihrem Kampf um gute Arbeitsbedingungen, ihren Sorgen um den Arbeitsplatz und in den Problemen um die Bewältigung des Alltags gesehen. Es besteht eine Repräsentationslücke, die für unsere Demokratie gefährlich ist und durch Rechtsextremisten missbraucht wird.

Gebraucht wird die SPD als Partei der Arbeit und der Solidarität.

Sicherlich können und müssen Strukturen innerhalb der SPD verbessert werden. Anstelle von Selbstbeschäftigung in Gremien ist es jetzt erfolgsversprechender den Blick nach außen zu richten. Es gilt wieder mehr mit Beschäftigten selbst ins Gespräch zu kommen. Sichtbar in den Betrieben zu sein, Zuhören und Verstehen sind die Gebote der Stunde für die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg.

Die Zukunft der SPD sehen wir in der Erneuerung als Partei der guten Arbeit. Neben dem Betrieb kommt es auf soziale Sicherheit und öffentliche Infrastruktur an. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auf soziale Sicherheit, einen handlungsfähigen Sozialstaat und leistungsfähige Kommunen angewiesen. Viele Beschäftigte stellen sich konkrete Fragen:

- Wie schaffen wir sichere Arbeitsplätze in einer sich rasant wandelnden Industrie?
- Wie gelingt gute Arbeit jenseits von Personalmangel und dem Ruf nach Arbeit ohne Ende?
- Wie werden Miete und Lebensmittel wieder bezahlbar?
- Wie gerecht geht es zu rund um Gesundheit und Rente?



- Wie lassen sich hohe Einkommen und Vermögen zur Finanzierung des Staates heranziehen?

Nicht im Abbau sozialer Rechte, sondern in der Stärkung der solidarischen Finanzierung sozialer Sicherheit liegt die Aufgabe sozialdemokratischer Politik im Land und im Bund.

Als sozialdemokratische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wollen wir unseren Teil zur Neuaufstellung der SPD in Baden-Württemberg beitragen. Wir wollen uns inhaltlich und personell einbringen. Wir werden einen langen Atem brauchen, der über die Regionalkonferenzen und den Landesparteitag hinausreicht.

Wir sind bereit! Für gute Arbeit! Für Solidarität! Für Demokratie!

Diese Erklärung – überwiegend hauptamtlicher - Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wird unterstützt von (Stand 10. Mai 2026):

Nicolas Bauer, Stuttgart	Alessandro Lieb, Schwäbisch Gmünd
Hanna Binder, Stuttgart	Dr. Maximilian Locher, Stuttgart
Kai Burmeister, Stuttgart	Maja Reusch, Offenburg
Catharina Clay, Stuttgart	Fabian Pangsy, Stuttgart
Denis Davidovac, Stuttgart	Liane Papaioannou, Stuttgart
Maren Diebel-Ebers, Heidelberg	Martin Sambeth, Karlsruhe
Dr. Katrin Distler	Daniel Sauerbeck, Iggingen
Lale Dornblut-Wolters, Karlsruhe	Martin Schommer, Mannheim
Fabian Fink, Aalen	Farina Semler, Herrenberg
Dominik Gaugler, Uhingen	Yannick Schulze, Stuttgart
Thomas Hahl, Mannheim	Jonathan Trapp, Pforzheim
Tamara Hübner, Stuttgart	Daniel Warkocz, Mannheim
Benedikt Hummel, Mannheim	David Warneck, Denkendorf
Katharina Huss, Stuttgart	Julian Wiedmann, Lörrach
Dr. Janna Köke, Mannheim	Tom Wolters, Pforzheim

Du möchtest den Aufruf unterstützen? In den Verteiler? E-Mail an gewerkschaft.sozibw@web.de